

Diese Meldung kann unter <http://www.presseportal.de/pm/6347/1501897/nabu-fordert-eu-staats-und-regierungschefs-zur-einigung-im-klimastreit-auf-merkel-muss-zur> abgerufen werden.



NABU fordert EU-Staats- und Regierungschefs zur Einigung im Klimastreit auf - Merkel muss zur Weltklimakonferenz nach Kopenhagen

29.10.2009 - 10:41 Uhr, NABU

Berlin/Brüssel (ots) - Anlässlich des heute beginnenden Gipfeltreffens der europäischen Staats- und Regierungschefs in Brüssel hat der NABU Bundeskanzlerin Angela Merkel aufgefordert, die EU zu einer Einigung im Streit über ihre Klimaschutz- und Finanzbeiträge für ein neues Weltklimaabkommen zu treiben.

"Die EU gefährdet den Erfolg der internationalen Klimaverhandlungen, wenn sie Forderungen an Entwicklungs- und Schwellenländer stellt, ohne ihnen ausreichend finanzielle Unterstützung zu garantieren", sagte NABU-Präsident Olaf Tschimpke. Eine Orientierung biete die Forderung des Umweltausschusses des Europäischen Parlaments, jährlich mindestens 30 Milliarden Euro für Klimaschutz- und Anpassungsmaßnahmen in Entwicklungsländern bereit zu stellen. "Große Klimaschutzziele verkünden und keine festen Finanzierungszusagen machen ist doppelzünftig. Angela Merkel muss endlich diese Scheinheiligkeit in der EU-Klimadiplomatie beenden", so Tschimpke.

Die neue Bundesregierung hat sich in ihrem Koalitionsvertrag dazu bekannt, die Entwicklungsländer bei der Bekämpfung des Klimawandels und der Bewältigung seiner Folgen stärker zu unterstützen sowie Gelder für die Finanzierung von Technologietransfer, Waldschutz und Klimaanpassung bereit zu stellen. Darum müsse die Bundeskanzlerin den Worten Taten folgen lassen und im Dezember persönlich zu den Klimaverhandlungen nach Kopenhagen fahren. "Nur die Staats- und Regierungschefs können die Regeln für ein faires und verbindliches Weltklimaabkommen aushandeln. Dabei müssen die Industriestaaten akzeptieren, dass sie als Verursacher des Klimawandels auch den Großteil der Kosten tragen müssen", so Tschimpke.

Die Europäische Union hat sich gemeinsam mit der G8-Gruppe der Industriestaaten eindeutig dazu bekannt, die globale Erderwärmung auf maximal zwei Grad zu begrenzen. Das bedeutet, dass die EU ihren Treibhausgas-Ausstoß bis 2020 um mindestens 40 Prozent gegenüber 1990 reduzieren muss, wenn sie ihrer Verantwortung im Rahmen eines internationalen Klimaabkommens gerecht werden will. Bisher hat Europa lediglich eine Emissionsminderung von 20 Prozent verbindlich beschlossen.

"Ohne ausreichende Investitionen in Klimaschutz und intakte Ökosysteme gefährdet die EU nicht nur das Überleben von Millionen Menschen in armen Ländern, sondern verzichtet auch darauf, die enormen Potenziale für die eigene Wirtschaft konsequent zu erschließen", betonte NABU-Klima-Experte Carsten Wachholz.

Im Internet zu finden unter www.NABU.de.

Originaltext vom NABU

@@infblk@@

Pressekontakt:

Carsten Wachholz, NABU-Referent für Klimaschutz und Energiepolitik, Tel. 030-284984-1617, mobil 0172-4179727.

Originaltext:

NABU

Pressemappe:

<http://www.presseportal.de/pm/6347/nabu>

Pressemappe als RSS:

http://presseportal.de/rss/pm_6347.rss2